



Informationen zur Datenverarbeitung für den Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
Telefon:	0331 / 289 - 1817
Fax:	0331 / 289 - 841817
E-Mail:	veterinaerwesen@rathaus.potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1087
Fax:	0331 / 289 - 841087
E-Mail:	datenschutz@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Die Datenerhebung erfolgt überwiegend über Sie als betroffene Person aber auch über rechtlich vorgesehene Informationswege, wie z.B. das Tierseuchennachrichtensystem (TSN), das Trade Control and Expert System (TRACES), das Herkunftssicherungs- und



Informationssystem für Tiere (HIT) sowie xGewerbe (Datenübertragung von Gewerbeanzeigen).

Die Quellen sind nicht öffentlich zugänglich.

Die Art der verarbeiteten Daten ergibt sich aus den unter Ziffer 4 genannten Rechtsgrundlagen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um den Namen und die Kontaktdaten, ggf. auch Registriernummer des Betriebs/der Tierhaltung, Standortkoordinaten der Tierhaltung sowie sonstige Daten, die ergänzend für die Bearbeitung nötig werden.

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden für den Vollzug des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, des Tiergesundheits- und Tierschutzrechts, des Arzneimittelrechts sowie der rechtlichen Vorgaben zu den tierischen Nebenprodukten erhoben.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ergibt sich aus folgenden rechtlichen Vorgaben für die behördliche Überwachungstätigkeit nach Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DS-GVO i.V.m.:

- Lebensmittel und Futtermittel: Artikel 19 (6) der VO (EG) 183/2005, Artikel 34 ff der VO (EG) 882/2004, Artikel 50 der VO (EG) 178/2002. § 40 LFGB regelt die Information der Öffentlichkeit, wenn dies zur Gefahrenabwehr bei hinreichendem Verdacht eines ernstesten Risikos für die menschliche Gesundheit geboten erscheint.
- Tiergesundheit: § 23 Tiergesundheitsgesetz
- Tierschutz: § 16 Tierschutzgesetz
- Tierarzneimittel: § 67 Tierarzneimittelgesetz
- Tierische Nebenproduktebeseitigung: § 12 a Tierische Nebenprodukte Beseitigungsgesetz

Die Daten werden grundsätzlich zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung verarbeitet. Soweit darüber hinaus Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, benötigen wir Ihre schriftliche Einwilligung und würden uns dafür ggf. an Sie wenden.

Sie sind verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Bitte beachten Sie, dass ein Verstoß gegen die Auskunftspflicht eine Ordnungswidrigkeit darstellt, die mit einem Bußgeld geahndet werden kann.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten innerhalb der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam verarbeitet.

Wir übermitteln personenbezogene Daten nur dann an Dritte, wenn dies rechtlich vorgeschrieben und somit erlaubt ist oder Sie dazu Ihre Einwilligung erteilt haben.

In besonderen Situationen, wie dem Ausbruch einer anzeigepflichtigen Tierseuche oder bei besonderen Ereignissen, die Lebensmittel, Futtermittel, Tierarzneimittel oder den Tierschutz betreffen, werden erforderlichenfalls personenbezogene Daten weitergegeben an die Polizei, Staatsanwaltschaft und entsprechend der Informationspflicht an das zuständigen Landesministerium sowie Landesamt.

Für die Berichterstattung des Landes werden statistische Daten anonymisiert an das zuständige Landesministerium oder das zugeordnete Landesamt übergeben.

7. Dauer der Speicherung

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten so lange, wie es gemäß den Bestimmungen der o.g. Gesetze und weiteren rechtlichen Verjährungsfristen erforderlich und geboten ist. Danach werden sie gelöscht oder für maximal 10 Jahre aufbewahrt.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung ein jederzeitiges Widerrufsrecht (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO). (Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);
- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Gegebenenfalls Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft (Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO) (Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);



- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde kann gerichtet werden an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de